

# KOMPAKT

Schulangst, Mobbing, Schlafmangel, Motivationsdefizit,  
diffuse Krankheitssymptome ...  
Sie haben chronischen Absentismus  
im Schülertrakt!



## VLW-LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG: NEUWAHLEN – ANTRÄGE – RESOLUTION

### ABSENTISMUS

Weshalb sind die Fehlzeiten der Schülerinnen und Schüler so hoch?

**75**  
JAHRE  
VLW

### FORTBILDUNG

Rechtsverletzungen in den Sozialen Medien: Wie können Lehrkräfte sich rechtlich schützen?



## FEHLZEITEN

Ein neues Alltagsphänomen ...



## VLW-LANDESVERSAMMLUNG



## VLW IM GESPRÄCH

mit der FDP-Fraktion

**03** SCHÜLER-LOS  
*Editorial*

**04** ABSENTISMUS – EIN KAMPF GEGEN WINDMÜHLEN?!

**06** ARBEITSZEITERFASSUNG: GEWERKSCHAFTLICHE FORDERUNGEN WERDEN BESTÄTIGT  
*Die Friedrich-Ebert-Stiftung zur Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften*

**08** ALLE JAHRE WIEDER ...  
*Kommentar des Landesvorsitzenden*

**09** VLW-LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG  
*Fusionspläne nehmen Gestalt an – neuer Landesvorstand gewählt – Kreis der Ehrenmitglieder erweitert*

**14** ANTRÄGE DER LANDESVERSAMMLUNG  
*... mit Abstimmungsergebnissen*

**18** LEHRKRÄFTE VON AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN ENLASTEN – SOFORT!  
*Resolution der VLW-Landesdelegiertenversammlung*

**19** KONTAKTDATEN DES NEUEN LANDESVORSTANDS

**20** GESPRÄCH MIT DER FDP-FRAKTION  
*Es gibt keine landesweite statistische Erfassung von Schülerfehlzeiten*

**21** PERSONALRÄTEFORTBILDUNG  
*Rechtssichere Notengebung und Umgang mit Rechtsverletzungen in Sozialen Medien*

**22** FUSIONSGESPRÄCHE FÜHREN ZU DISKUSSIONEN IN DEN BEZIRKEN

**23** AUS DEN BEZIRKEN  
*Koblenz: Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit*

**23** IMPRESSUM

**24** FORDERUNGEN DES VLW

# SCHÜLER-LOS

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wir waren sicherlich alle erleichtert, als nach der Pandemie der Unterricht in unseren Schulen endlich wieder durchgängig in Präsenz stattfinden konnte. Eines hat sich nach meiner Beobachtung jedoch nicht wieder eingespielt. Ein Unterrichtstag, an dem eine Klasse vollzählig ist, ist weiterhin die Ausnahme. Dass ein oder zwei Schülerinnen oder Schüler fehlen, war nie ungewöhnlich, aber zwischenzeitlich verzeichnen wir Fehlquoten von bis zu dreißig Prozent. Landesweit bestätigen Kolleginnen und Kollegen diese Beobachtung. Abgesehen davon, dass die abwesenden Schülerinnen und Schüler wertvollen Unterricht versäumen, bremsen sie auch den Lernfortschritt der ganzen Klasse. Dies ist eine Folge, unter der letztendlich alle Schülerinnen und Schüler leiden. Uns Lehrkräften beschieren die Fehlzeiten jede Menge zusätzliche Verwaltungsarbeiten. Dies ist eine Situation, auf die wir dringend hinweisen wollen.

Wir haben das Thema „Absentismus“ deshalb zum Titelthema für dieses VLW kompakt ausgewählt und auch bereits im Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Weber, MdL, zur Diskussion gestellt. Über die Gründe des zunehmenden Absentismus stellen wir in unserem Leitartikel in dieser Ausgabe des VLW kompakt Vermutungen an. An die Politik erheben wir Forderungen, um der Entwicklung zu begegnen. Der Arbeitsaufwand für die Verwaltung der Fehlzeiten ist nur ein Teil dessen, was uns in den letzten Jahren an zusätzlichen Aufgaben außerhalb des Unterrichts belastet. Längst ist das Fass schon

am Überlaufen. Die Delegierten des VLW Rheinland-Pfalz haben deshalb bei der zurückliegenden Landesversammlung in Kaiserslautern eine Resolution beschlossen, in der sie die überfällige Entlastung von außerunterrichtlichen Aufgaben fordern.

Begrüßenswert ist auch der nahezu einstimmige Beschluss der Landesdelegierten, mit einer gemeinsamen Liste mit dem vlbs zu den anstehenden Wahlen zum Haupt- und Bezirkspersonalrat anzutreten. Dies ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer gemeinsamen Zukunft unserer beiden Berufsschulverbände mit dem Ziel, die politische Schlagkraft unserer Arbeit zu erhöhen. Dass es Handlungsbedarf gibt, lässt sich an den Anträgen unserer Orts- und Bezirksverbände ablesen, die in Kaiserslautern beschlossen wurden. Es ist ebenso erfreulich, dass aus den Neuwahlen des Landesvorstands wieder ein starkes Team mit vielen bekannten, aber auch einigen neuen Gesichtern hervorgegangen ist.

Lesen Sie hierzu und auch zu weiteren Themen das vor Ihnen liegende Heft.

Ich wünsche Ihnen entspannte Weihnachtstage, einen guten Start ins Jahr 2025 und eine interessante Lektüre!

Ihr Karl-Heinz Fuß



*Sie haben Anregungen  
oder Wünsche?  
Dann schreiben Sie mir unter  
[redaktion@vlw-rlp.de](mailto:redaktion@vlw-rlp.de)*



**VLW Rheinland-Pfalz  
auch auf Instagram!**

*Folgen Sie uns auf  
[vlw\\_rlp](https://www.instagram.com/vlw_rlp) und verpassen Sie  
keine aktuellen Posts.*



# ABSENTISMUS

## EIN KAMPF GEGEN WINDMÜHLEN(?)



## **„Warum fehlen denn heute so viele in der Klasse? Schreibt jemand einen Test?“ So oder so ähnlich hört man es oftmals in den Lehrerzimmern.**

**A**llerdings beschränkt sich der Absentismus zwischenzeitlich längst nicht mehr auf die Tage, an denen Leistungsnachweise eingefordert werden, sondern hat sich seit der Pandemie zu einem alltäglichen Phänomen ausgeweitet. Statistisch belegt werden kann dies allerdings nicht, denn es gibt dazu bislang keine Erhebungen. Dabei genügt ein Blick in die Klassenbücher und diejenigen Kolleginnen und Kollegen, die mit einer Klassenleitung betraut sind, können überwiegend bestätigen, dass die Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern signifikant zugenommen haben.

Dies hat erhebliche Folgen für den Lernerfolg und zieht auch viel Arbeit für die Klassenleitungen nach sich, die sich nicht nur um das Einfordern von Entschuldigungen kümmern, sondern auch pädagogisch Einfluss nehmen müssen, um die Fehlzeiten zu verringern. Der Arbeitsaufwand dafür ist hoch und längst nicht alle der häufig fehlenden Schülerinnen und Schüler können dadurch zu einem regelmäßigen Unterrichtsbesuch bewegt werden. Es stellt sich folglich die Frage nach den Gründen für die starke Zunahme der Fehlzeiten, um geeignete Lösungswege für das Problem zu finden. Im Gespräch mit betroffenen Schülerinnen und Schülern und deren Eltern, zeigt sich ein facettenreiches Bild, wenn man nach den Gründen für das Fehlen forscht. Die wichtigsten zeige ich im Folgenden auf und unterscheide dabei zwischen primären und sekundären Gründen für die Zunahme der Fehlzeiten.

### **PRIMÄRE GRÜNDE**

1. Chronische und psychische Erkrankungen sind ein typischer Grund für notorische Fehlzeiten. Diese haben seit der Pandemie zugenommen und werden in der Regel ärztlich bescheinigt.
2. Die Schülerin oder der Schüler fühlt sich in der Klasse nicht wohl. Schulangst und Mobbing halten Betroffene vom Schulbesuch ab. Das Mobbing hat sich durch die sozialen Medien verstärkt.
3. Jugendliche verbringen viel Zeit in sozialen Medien oder mit Computerspielen, teilweise bis tief in die Nacht. Am nächsten Morgen sind sie zu müde, um in die Schule zu gehen.
4. Es fehlt die grundsätzliche Motivation zum Schulbesuch, da die Anmeldung zum Bildungsgang lediglich deshalb erfolgte, weil kein passender Ausbildungsplatz gefunden wurde.

### **SEKUNDÄRE GRÜNDE**

1. Ärztliche Bescheinigungen sind leicht zu bekommen, seit der Pandemie auch telefonisch.
2. Fehlzeiten bleiben meist ohne Konsequenzen. In den Abschlusszeugnissen werden sie nicht ausgewiesen.
3. Eine generelle Attestpflicht darf von Schulen nicht ausgesprochen werden, sondern nur in besonderen Einzelfällen.
4. Mindestanwesenheitszeiten, die für die Zulassung zur Abschlussprüfung erforderlich sind, werden nach und nach aus den Landesverordnungen gestrichen. Angeblich seien sie juristisch nicht haltbar.
5. Die digitalen Medien erleichtern das Nachholen von versäumtem Unterricht, insbesondere, wenn die Inhalte auf Lernplattformen verfügbar sind. Der Unterrichtsbesuch wird nicht mehr als wichtig für den Lernerfolg erachtet. Dies trifft insbesondere auf Schülerinnen und Schüler zu, die sich im Präsenzunterricht einer heterogenen Klasse unterfordert fühlen.

### **FAZIT**

Es ist zu befürchten, dass sich der Trend mit den hohen Fehlzeiten weiter ausweitet, wenn diese ohne unmittelbar spürbare Konsequenzen für die fehlenden Schülerinnen und Schüler bleiben. Stattdessen zeigen sich die Folgen erst zeitverzögert, wenn der Aufstieg, z. B. in den höheren Bildungsgang verpasst wird oder die Noten für den Wunschausbildungsplatz zu schlecht sind. Bildungspolitikerinnen und -politiker müssen für entsprechende Rahmenbedingungen sorgen, damit insbesondere das Schule schwänzen frühzeitig sanktioniert werden kann. Dazu benötigen wir geeignete juristische Regelungen, wie formale Anforderungen an ärztliche Bescheinigungen und eine Mindestanwesenheitspflicht als Voraussetzung für die Zulassung zu einer Prüfung, wie es auch an Hochschulen gängige Praxis ist.

Schülerinnen und Schüler mit Schulangst oder Suchtproblemen benötigen frühzeitig niederschwellige Hilfsangebote durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologen. Es wird weiterhin Aufgabe der Klassenleitungen sein, solche Probleme bei betroffenen Schülerinnen und Schülern zu identifizieren und sie entsprechend zu beraten und zu betreuen. Dazu benötigen sie Zeit, die dadurch gewonnen werden kann, indem sie an anderer Stelle, z. B. bei Pflege digitaler Hard- und Software und von einfachen Verwaltungsaufgaben, entlastet werden. ■

*Den Kommentar des Landesvorsitzenden zum Titelthema finden Sie auf Seite 8.*

# GEWERKSCHAFTLICHE FORDERUNGEN WERDEN BESTÄTIGT

## DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG ZUR ARBEITSZEITERFASSUNG VON LEHRKRÄFTEN

**Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hat unter der Überschrift „Lehrkräftearbeitszeit unter Druck“ eine Untersuchung zum Thema der Arbeitszeiterfassung von Lehrkräften veröffentlicht.**

Mehrere Gerichte haben unlängst die Pflicht zur vollständigen Erfassung der Arbeitszeit – eben auch von Lehrkräften – bestätigt, so etwa der Europäische Gerichtshof 2019 und das Bundesarbeitsgericht in Leipzig 2022. Bisher weigern sich die Bildungsministerien der Bundesländer, die Konsequenzen aus diesen Urteilen zu ziehen, übrigens im Gegensatz zu den Einschätzungen der Bundesregierung. Auch bei den Lehrkräften sind die Einschätzungen geteilt, wie die Reaktionen auf unser Schwerpunktthema in der letzten Ausgabe von vlw kompakt gezeigt haben.

Hier setzt die aktuelle Untersuchung der FES an. Die beiden Autoren, Frank Mußmann und Mark Rackles formulieren dazu folgende zusammenfassenden Thesen:

1. Eine Mehrheit der Lehrkräfte in Deutschland arbeitet seit Jahrzehnten oberhalb arbeitszeitrechtlicher und tariflicher Normvorgaben. Sie leisten Mehrarbeit sowohl bezogen auf Schulwochen als auch auf Jahresarbeitszeiten.
2. Teilzeitkräfte bringen überproportional hohe Mehrarbeitsanteile ein.
3. Für die pädagogische Kernaufgaben des Unterrichts steht immer weniger Zeit zur Verfügung, während „außerunterrichtliche“ Tätigkeiten deutlich mehr Raum einnehmen.
4. Relevante Teilgruppen hochbelasteter Lehrkräfte verstoßen gegen gesetzliche Arbeitsschutznormen, indem sie regelmäßig mehr als 48 Stunden pro Woche arbeiten.
5. Das hat deutliche Auswirkungen auf das Belastungserleben und verschärft bekannte gesundheitliche Risiken des Berufsstandes.



Um die zeitliche Belastung der Lehrtätigkeit – differenziert nach Schularten und Tätigkeitsebenen – zu ermitteln, muss sie natürlich erst einmal erfasst werden. Die Autoren der Studie schlagen dazu ein achtstufiges Modell vor:

1. Jahresarbeitszeitmodell: Abkehr von den Wochendeputatsstunden und Bestimmung einer Jahresarbeitszeit.
2. Aufgabenprofil: Definition der Tätigkeiten einer Lehrkraft in Deutschland und – in Bezug auf Teilzeitkräfte – eine Festlegung der Teilbarkeit von Aufgaben.
3. Aufgabengewichtung: Hier gehen die Autoren von der Gewichtung unterrichtsbezogener Tätigkeiten (65% bis 75%) und außerunterrichtlicher Tätigkeiten von 25% bis 35% aus.
4. Erfassungstechnik: Hier soll auf länderübergreifende, webbasierte und mobile Erfassungssysteme, etwa auf mobilen Dienstgeräten, zurückgegriffen werden können.
5. Personalentwicklung: Eine „aktive schulspezifische Personalentwicklung“ sollte mit der Einführung der Arbeitszeiterfassung verbunden werden.

6. Erfassungsorganisation: Die Zeiterfassung sollte an die Lehrkräfte delegiert werden (Stichworte Pädagogische Freiheit und Vertrauensarbeitszeit).
7. Arbeitszeitkonten: Die Einführung flächendeckender Arbeitszeitkonten wird als unabdingbar angesehen, individuelle Ansprüche müssen zeitlich und/oder monetär eingelöst werden können.
8. Einführungsstrategie: Das Vorhaben ist komplex, deshalb sollen Pilotprojekte auf freiwilliger Basis den Anfang bilden. Eine Vollumstellung sollte nach spätestens fünf Jahren erfolgen.

Die lesenswerte Studie kann unter dem Link „Lehrkräftearbeitszeit unter Druck“ (fes.de) bezogen werden.



## KOMMENTAR VON MICHAEL LUTZ

„Wenn Sie nur 48 Stunden in der Woche arbeiten, sind Sie als Lehrer ungeeignet“ – so ein Zitat einer Mutter im Land Brandenburg. Die Legende von dem Halbtagsjob ist längst widerlegt, auch in den Köpfen notorischer Lehrer- und Beamtenhasser. Wie lang arbeiten sie denn nun?

Das Thema „Arbeitszeiterfassung“ ist politisch und gewerkschaftlich umstritten, aber höchstrichterlich klar als Pflicht auch für die bundesdeutschen Lehrkräfte gefordert. Der VLW sowie alle anderen Lehrkräfteverbände gehen von einer Überbelastung, wie sie die vorliegende Studie der Friedrich-

Ebert-Stiftung einmal mehr feststellt, aus. Dass sich die Bundesländer zu diesem Thema sehr zurückhaltend bis ablehnend äußern, liegt auf der Hand: Gilt ein allgemeiner Konsens, dass Lehrkräfte mehr arbeiten als z.B. 41 Stunden pro Woche, müssen Konsequenzen gezogen werden, etwa eine Reduzierung der Unterrichtstätigkeiten, der außerunterrichtlichen Tätigkeiten und/oder ein angemessener finanzieller Ausgleich. Dazu ist es höchste Zeit – bedauerlich ist nur, dass in den Ministerien nicht einmal die Urteile höchster deutscher und europäischer Gerichte angemessen gewürdigt werden.

Eine weitere Frage ist in diesem Zusammenhang noch gar nicht gestellt: Wo sollen – gerade an

den Berufsbildenden Schulen mit ihrer traditionellen Unterrichtsversorgung – die zusätzlich benötigten Lehrkräfte denn herkommen? Die Hoffnung auf die Segnungen demografischer Entwicklungen allein hilft hier wohl nicht weiter – gefordert sind endlich innovative Lösungen für eine höhere Qualität des Unterrichts und eine bessere Versorgung mit zufriedenen und angemessen besoldeten Lehrkräften!

## ALLE JAHRE WIEDER ...

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es gibt eine Menge Dinge, die mit schöner Regelmäßigkeit wiederkehren. Wie es sich mit dem Christkind verhält, ist eine theologische Frage, die ich an dieser Stelle nicht vertiefen möchte. Seit einigen Jahren werden aber mit großer Zuverlässigkeit auf unseren Landesdelegiertenversammlungen Anträge gestellt, die eine Mindestanwesenheitsquote in Vollzeitbildungsgängen fordern. In einem Nischenbildungsgang – der Fachschule Wirtschaft – gibt es eine solche Quote in Höhe von 75 Prozent – noch! Im Entwurf der neuen Fachschulverordnung ist sie nicht mehr vorgesehen. Auf Nachfrage reagiert man im Bildungsministerium mit Zweifeln an der juristischen Durchsetzbarkeit solcher Quoten.

In diesem Zusammenhang finde ich es höchst spannend, dass im Entwurf des auf Bundesebene geplanten Pflegeassistenzeinführungsgesetzes eine solche Quote – und zwar in Höhe von neunzig Prozent! – vorgesehen ist. Es ist geschickt formuliert. Im Entwurf heißt es, dass Fehlzeiten bis zu zehn Prozent des Unterrichts auf die Dauer der Ausbildung angerechnet werden können. Nicht anrechnungsfähige Fehlzeiten verlängern die Ausbildung entsprechend. Wie man so etwas in Bildungsgängen der BBS umsetzen kann, darüber müsste man sicher noch mal sprechen. Das Beispiel zeigt aber: Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg!



Leider ist es ein weitverbreitetes Phänomen, dass die Fehlzeiten unserer Schülerinnen und Schüler immer weiter zunehmen. Es spricht sich scheinbar rum, dass sie kaum Konsequenzen zu befürchten haben. Wenn die Schulen nach aufwändigen Mahnverfahren in Einzelfällen eine so genannte Attestpflicht verhängen, ist es für die Betroffenen oft ein Leichtes, sich entsprechende Bescheinigungen von Ärztinnen und Ärzten zu besorgen.

Es ist ja nicht so, dass wir den Schülerinnen und Schülern Böses wollten – im Gegenteil. Dass eine regelmäßige Teilnahme am Unterricht die halbe Miete für einen erfolgreichen Abschluss ist, brauche ich hier niemandem zu erklären. Die Schülerinnen und Schüler mit hohen Fehlquoten sind im Regelfall auch die ersten, die einen Bildungsgang abbrechen bzw. nicht erfolgreich abschließen. Ganz abgesehen von den Folgen für eine unter Fach-

kräftemangel leidende Gesellschaft ist das in vielen Fällen eine Katastrophe für die Betroffenen und nicht selten der Einstieg in eine prekäre Karriere auf dem Arbeitsmarkt.

Hinzu kommt aus Sicht der Lehrkräfte noch der enorm hohe Arbeitsaufwand, der im Bemühen darum entsteht, die gerade geschilderten Konsequenzen für die uns anvertrauten Schülerinnen und Schüler zu vermeiden. Klare Regeln und stabile Leitplanken sind nicht nur im Straßenverkehr sinnvoll. Wo Elternhäuser dies nicht mehr in der gewohnten Selbstverständlichkeit bieten können, da darf die Schule die jungen Menschen nicht sich selbst überlassen. Unsere Aufgabe besteht schließlich darin, sie auf das Leben vorzubereiten, und zwar auf ein Leben in aktiver Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende eines in mancherlei Hinsicht turbulenten Jahres wünsche ich Ihnen und Ihren Familien etwas Ruhe und Entspannung sowie die nötige Zuversicht, um auch die Herausforderungen des neuen Jahres entschlossen in Angriff zu nehmen. Es grüßt Sie herzlich

Dirk Mettler



Am 4. November 2024 trafen sich die Delegierten in Kaiserslautern



- > FUSIONSPLÄNE NEHMEN GESTALT AN
- > NEUER LANDESVORSTAND GEWÄHLT
- > KREIS DER EHRENMITGLIEDER ERWEITERT
- > RESOLUTION ZUR ENTLASTUNG VON AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN BESCHLOSSEN

***Ganz im Zeichen der angestrebten Verschmelzung mit dem vlbs wurde die diesjährige Versammlung mit Grußworten von Harry Wunschel, Landesvorsitzender des vlbs, und Pankraz Männlein, Bundesvorsitzender unseres Dachverbands BvLB, eröffnet.***

Harry Wunschel hob zu Beginn seiner Grußansprache hervor, dass nach 75 Jahren paralleler Interessensvertretung die Zeit reif sei für die Bündelung der Kräfte und die Nutzung von Synergieeffekten. Pankraz Männlein, Schulleiter der Staatlichen Berufsschule III – Universitätsschule – in Bamberg, betonte die hohe Bedeutung der Berufsbildung mit Blick auf den Fachkräftemangel und die Herausforderungen in den Feldern Digitalisierung, Demokratiebildung, Migration und Inklusion. Es



VLBS-Vorsitzender Harry Wunschel spricht ein Grußwort.



BvLB-Vorsitzender Pankraz Männlein war aus Bamberg angereist.

sei nun Aufgabe der Politik, die Weichen zu stellen, um das BBS-System zukunftsfähig aufzustellen. Er bestärkte die bevorstehende „Ehe“ zwischen vlbs und VLW, für die es viele gute Beispiele in anderen Bundesländern gebe.

### FUSION IST AMBITIONIERTES VORHABEN

Dirk Mettler schilderte in seinem Rechenschaftsbericht den nicht immer einfachen, aber zielführenden Prozess der Sondierungsgespräche mit dem vlbs. So haben die beiden Verbände historisch unterschiedliche Strukturen entwickelt, die nun zusammengeführt werden wollen. Das ist ein ambitioniertes Vorhaben, das noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird. Insbesondere die Ortsverbände müssen bei diesem Vorhaben eingebunden werden, um den Organisationsgrad und den Zusammenhalt noch weiter zu stärken.

Als Meilenstein auf dem gemeinsamen Weg kann der Beschluss für eine gemeinsame Liste bei den bevorstehenden HPR- und BPR-Wahlen gesehen werden, für die es im vlbs bereits vor den Sommerferien grünes Licht von deren Hauptvorstand gab. Die VLW-Landesdelegierten haben am Montag ihrerseits mit überwältigender Mehrheit dafür gestimmt.

### VERBANDSUNTERSTÜTZUNG IST WICHTIG

Seinen Rechenschaftsbericht nutzte Mettler, um Dank zu sagen und auch Bitten zu äußern. Der Dank ging sowohl an die Mitglieder der Landes- und Bezirksverbände als auch an die Ortsverbände und die Delegierten für ihr Engagement. Die Bitten umfassten u. a., weiterhin aktiv für die Verbandsarbeit zu werben. Als konkretes Beispiel nannte er die Mobilisierung zur Teilnahme an den Protestaktionen des dbb. Da gebe es noch Luft nach oben, denn schließlich benötigen die streikberechtigten Beschäftigten im öffentlichen Dienst, allen voran die Straßenwärter, auch unsere Unterstützung.

Wie wichtig der Bereich der Nachwuchsgewinnung ist, machte der Landesschatzmeister Jürgen Hatzfeld anhand eines Schaubilds zur Altersstruktur der VLW-Mitglieder deutlich. So zeigte er, dass – parallel zur gesellschaftlichen Entwicklung – die jüngeren Jahrgänge im VLW noch nicht die Stärke der älteren erreicht haben und machte damit Handlungsbedarf deutlich.

### WAHL DES LANDESVORSTANDS

Als positives Signal in diese Richtung konnte die anschließende Wahl des Landesvorstands gesehen werden. Dirk Mettler wurde mit klarer Mehrheit in seinem Amt bestätigt, nachdem er in seiner Kandidaturrede drei Ziele hervorhob, die für ihn in der kommenden Amtsperiode im Fokus stehen sollen. Dies sind, erstens, die Mitgliederwerbung, zweitens die gemeinsame Zukunft mit dem vlbs und drittens die Gewinnung engagierter Kräfte für die ehrenamtliche Verbandsarbeit.

Die freiwerdenden Positionen im Landesvorstand konnten durch die Neuwahl bis auf die Geschäftsbereiche „Fachpraxis-Lehrkräfte“ und „Lehrkräftebildung“ nachbesetzt werden.



Gern gesehene Gäste: unsere Ehrenmitglieder. Von links: Christian Paulus, Mechthild Antony-Hatzfeld, Bernd Zinßius ...



... sowie Heinz Werner Seyler.

**Der neue VLW- Landesvorstand mit dem BvLB-Bundesvorsitzenden:**

*Vorne von links: Michael Lutz, Jürgen Hatzfeld, Christian Flory, Dirk Mettler, Pankraz Männlein (BvLB), Andreas Seehaus;*

*hinten von links: Maik Nöller, Mario Passannante, Elisabeth Willrader, Stefanie Tischer, Karl-Heinz Fuß (kooptiert);*

*nicht im Bild: Miriam Schmidle, Michael Schmidt und Michael Steuer*



Nicht mehr kandidiert haben: Emöke Anderlik, stellvertretende Landesvorsitzende, Karl-Heinz Fuß, Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Jürgen Hatzfeld, Schatzmeister, Kurt Flöck, Geschäftsbereich Recht und Besoldung, Petra Studt, Geschäftsbereich Fachpraxis-Lehrkräfte.

Karl-Heinz Fuß wird bis zum Ende des Schuljahres als kooptiertes Mitglied im Landesvorstand mitarbeiten. Jürgen Hatzfeld wird als kommissarischer Vorsitzender des Bezirks Rheinhessen weiterhin im Landesvorstand vertreten sein. Petra Studt steht in Belangen zu Fachpraxis-Lehrkräften dem VLW-Landesvorstand auch in Zukunft als Ansprechpartnerin zur Verfügung.

### **DANKSAGUNGEN UND WÜRDIGUNGEN**

Dirk Mettler dankte den ausscheidenden Mitgliedern für ihr Engagement in den zurückliegenden Amtsperioden.

Karl-Heinz Fuß und Dirk Mettler würdigten die besonderen Verdienste von Jürgen Hatzfeld und Michael Lutz so-



*Kassenprüfer Michael Schmitt bestätigt die ordnungsgemäße Kassenführung.*



*Dirk Mettler und Jürgen Hatzfeld stellen ihre Rechenschaftsberichte vor.*



*Karl-Heinz Fuß würdigt die Leistungen von Jürgen Hatzfeld und Michael Lutz.*

wie Kurt Flöck und Karl-Heinz Schneider. Die Genannten wurden von den Delegierten einstimmig zu VLW-Ehrenmitgliedern ernannt.

### **ANTRÄGE UND RESOLUTION**

Am Nachmittag wurden von der Versammlung die Anträge der Orts- und Bezirksverbände diskutiert und beschlossen, ebenso die Resolution (siehe S. 18) zur Entlastung von Lehrkräften von außerunterrichtlichen Aufgaben.

Zum Abschluss der Versammlung sprach Dirk Mettler dem Ortsverband Kaiserslautern, allen voran Elisabeth Willrader, Dagmar König-Kries, Michael Schmitt und Jürgen Schwind seinen Dank für die Organisation vor Ort aus. Durch ihr Engagement haben sie einen reibungslosen Verlauf für eine gelungene Versammlung ermöglicht. Ebenso dankte Mettler den Delegierten für ihre Teilnahme und wünschte eine gute Heimreise. ■



*Dirk Mettler bedankt sich bei den ausscheidenden Mitgliedern des Landesvorstands Emöke Anderlik (links) und Petra Studt (rechts)...*



*...und würdigt die Leistungen der Ehrenmitglieder Karl-Heinz Schneider (rechts) und Kurt Flöck (nicht im Bild).*



Die Mainzer Schulleiter Volker Wolff und Michael Sühling beim Erfahrungsaustausch.



Pankraz Männlein gratuliert Stefanie Tischer zur Wahl.



Jürgen Hatzfeld (links) und Andreas Seehaus (rechts) danken den fleißigen Helfern des OV Kaiserslautern, v. l. n. r., Dagmar König-Kries, Michael Schmitt, Jürgen Schwind und Elisabeth Willrader (nicht im Bild).



Pankraz Männlein im heiteren Gespräch mit Karl-Heinz Fuß.

## ANTRAG NR. 1

**Antragsteller:** Landesvorstand

**Betreff:** Fortführung der Verhandlungen mit dem vlbs mit dem Ziel einer Verschmelzung der beiden Verbände

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz wird beauftragt, auf Basis der bisher erzielten Verhandlungsergebnisse die Verhandlungen mit dem vlbs fortzuführen, mit dem Ziel innerhalb der nächsten drei Jahre einen gemeinsamen Verband zu gründen.

Die endgültige Entscheidung über eine Verschmelzung der beiden Verbände ist der Landesdelegiertenversammlung als oberstem Organ des VLW Rheinland-Pfalz vorbehalten.

**Begründung:** Auf der Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 in Bingen wurde ein Antrag mit dem Ziel einer Verschmelzung von VLW und vlbs mit großer Mehrheit verabschiedet. Der Landesvorstand ist diesem Antrag nachgekommen, indem er Verhandlungen mit dem vlbs aufgenommen hat, in denen regelmäßig einzelne Aspekte einer Verschmelzung der beiden Verbände zu einem neuen, gemeinsamen Verband beleuchtet, beraten und verhandelt werden.

Die bisherigen Beratungen haben gezeigt, dass beide Verbände von einer Verschmelzung profitieren würden. Die vorhandenen Kräfte können gebündelt werden und viele unnötige Doppelarbeit wird zukünftig entfallen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund einer gesellschaftlichen Entwicklung, aufgrund der es zunehmend schwerer fällt, Menschen für ein ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, von Bedeutung. Der VLW wird darüber hinaus u. a. von einer hauptamtlich besetzten Geschäftsstelle mit entsprechenden Räumlichkeiten sowie einem erheblich erweiterten Angebot an Informations- und Fortbildungsveranstaltungen für die Mitglieder profitieren.

**Antrag Nr. 1:** angenommen: Ja: 63 – Nein: 4 – Enthaltung: 2

## ANTRAG NR. 2

**Antragsteller:** Landesvorstand

**Betreff:** Aufstellung zweier gemeinsamer Listen mit dem vlbs für die BPR- und HPR-Wahlen im Mai 2025

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der VLW-Rheinland-Pfalz verzichtet bei den anstehenden Personalratswahlen auf eigenständige Listen für den Bezirks- sowie den Hauptpersonalrat und tritt zusammen mit den Kandidatinnen und Kandidaten des vlbs jeweils auf einer gemeinsamen Liste an.

Auf diesen gemeinsamen Listen, die jeweils 30 Kandidatinnen und Kandidaten umfassen, nehmen die Kandidatinnen und Kandidaten des VLW Rheinland-Pfalz die Listenplätze 2, 5, 9, 12, 15, 18, 21, 24, 27 und 30 ein, die Kandidatinnen und Kandidaten des vlbs Rheinland-Pfalz nehmen die übrigen Plätze ein.

Mit dem vlbs wird eine Vereinbarung getroffen, dass für die Dauer der Wahlperiode im Falle der Verhinderung bzw. des Ausscheidens eines gewählten Gremienmitglieds jeweils ein Mitglied des betroffenen Verbandes den freien Platz einnehmen soll.

**Begründung:** Auf der Landesdelegiertenversammlung am 4. Oktober 2021 in Bingen wurde ein Antrag mit dem Ziel einer Verschmelzung von VLW und vlbs mit großer Mehrheit verabschiedet. Der Landesvorstand ist diesem Antrag nachgekommen, indem er Verhandlungen mit dem vlbs aufgenommen hat, in denen regelmäßig einzelne Aspekte einer Verschmelzung der beiden Verbände zu einem neuen, gemeinsamen Verband beleuchtet, beraten und verhandelt werden.

Im Zuge dieser Verhandlungen ist vonseiten des VLW-Landesvorstands die Idee gemeinsamer Listen eingebracht worden. Wir sehen darin einen Meilenstein, der den Willen beider Verbände zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit dem Ziel einer Verschmelzung zum Ausdruck bringt. Neben den gemeinsamen Listen zu den anstehenden Personalratswahlen sind weitere gemeinsame Veranstaltungen geplant, um das gemeinsame Auftreten auch nach außen hin zu unterstreichen.

Die Verteilung der Listenplätze im Verhältnis 1:2 entspricht in etwa dem Verhältnis der Zahlen der Mitglieder der beiden Verbände (Stichtag 31.12.2023).

Der vlbs Rheinland-Pfalz hat der Aufstellung gemeinsamer Listen mit der oben beschriebenen Aufteilung der Listenplätze auf seiner Hauptausschuss-Sitzung am 20.06.2024 zugestimmt.

**Antrag Nr. 2:** angenommen: Ja: 69 – Nein: 1 – Enthaltung: 1

## ANTRAG NR. 3

**Antragsteller:** Bezirksverband Rheinhessen

**Betreff:** Demokratiebildung

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Im Sinne einer grundsätzlichen landesweiten politischen Bildung der Schülerinnen und Schüler soll sich der Landesvorstand dafür einsetzen, dass die Schulen mit entsprechenden Konzepten, die z. B. vom PL erarbeitet werden könnten, ausgestattet werden und zugleich die erforderlichen zeitlichen Ressourcen in Form von Anrechnungstunden erhalten, diese Konzepte umzusetzen mit dem Ziel, alle Schülerinnen und Schüler an den berufsbildenden Schulen zu erreichen und nicht nur einzelne Klassen. Denkbare Wege wären dabei z. B. die Erstellung eines Demokratie-Kompass (ähnlich dem Medien-Kompass) oder die Einrichtung eines Koordinators für Demokratiebildung (ähnlich dem Koordinator für digitale Bildung).

**Begründung:** Demokratiebildung ist der Landesregierung ein wichtiges Thema und wird aktuell durch eine Vielzahl von punktuellen Projektangeboten über EPOS an die Schulen kommuniziert. Ob und inwieweit diese Projekte umgesetzt werden, liegt in der Verantwortung der Schule und der Bereitschaft der Lehrkräfte, diese Projekte mit nicht unerheblichen zeitlichen Ressourcen und zusätzlich zu den sonstigen dienstlichen Verpflichtungen in der Schule oder im Unterricht umzusetzen.

**Antrag Nr. 3:** einstimmig angenommen

## ANTRAG NR. 4

**Antragsteller:** Bezirksverband Koblenz

**Betreff:** Mindestanwesenheit in der Höheren Berufsfachschule

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand des VLW-Rheinland-Pfalz setzt sich dafür ein, dass die Zulassung zur Assistentenprüfung und zur Fachhochschulreifeprüfung in der Höheren Berufsfachschule an eine Mindestanwesenheit gebunden ist.

**Begründung:** Eine Vielzahl von Schülerinnen und Schüler der HBF fallen durch eine hohe bis sehr hohe Abwesenheit auf. Diese Schülerinnen und Schüler bestehen die Abschlussprüfungen oftmals nicht und die Klassenleitungen werden durch die Verwaltung der Fehlzeiten teils enorm belastet. Eine Anwesenheitsquote wäre ein hilfreiches Steuerungsmittel.

Dabei sollen Härtefallregelungen möglich sein.

**Antrag Nr. 4:** bei 1 Gegenstimme und 4 Enth. angenommen

## ANTRAG NR. 5

**Antragsteller:** Bezirksverband Rheinhessen  
*Fehlzeitenproblematik in den Wahlschulbildungsgängen*

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand gibt, ggf. gemeinsam mit dem VLBS, ein Rechtsgutachten in Auftrag, mit dem die juristische Durchsetzbarkeit einer Anwesenheitsquote im Unterricht für die Zulassung zu den Abschlussprüfungen in den Wahlschulbildungsgängen der berufsbildenden Schulen geprüft wird, falls das Ministerium an seiner Auffassung festhält.

**Begründung:** Auf vergangenen Landesdelegiertenversammlungen wurde bereits mehrfach darüber diskutiert und entsprechende Anträge gestellt, die Fehlzeitenproblematik, insbesondere den hohen Fehlzeiten in den Wahlschul-Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen durch die Einführung einer Anwesenheitsquote entgegenzuwirken, die, analog zu den Zulassungsbedingungen an die Kammerprüfungen der IHK in den Ausbildungsberufen, der Anwesenheitsquote in den Fachschulen oder der Fehlzeitenregelung für das verpflichtende Praktikum in der höheren Berufsfachschule, die sehr wohl mit der Zulassung zur Abschlussprüfung verknüpft sind.

In der Vergangenheit wurde aus dem Ministerium zurückgemeldet, dass es diesbezüglich juristische Bedenken gäbe, ohne dass dafür eine nachvollziehbare, rechtssichere Begründung geliefert wurde.

**Antrag Nr. 5:** bei 1 Gegenstimme und 6 Enth. angenommen

## ANTRAG NR. 6

**Antragsteller:** Ortsverband Worms  
*Fachkräfte für die IT-Betreuung*

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand möge das Ministerium für Bildung auffordern, darzulegen, wie in Zeiten des Fachkräftemangels genügend IT-Stellen bei den Schulträgern besetzt werden können, um die Funktionsfähigkeit der IT an den Schulen zu gewährleisten.

**Begründung:** Auch wenn die IT-Infrastruktur an vielen Schulen inzwischen zufriedenstellend eingerichtet wurde, fehlt es an IT-Fachkräften bei den Schulträgern, um diese IT-Ausstattung zu betreiben.

Da von der Landesregierung der Weg beschritten wurde, die IT-Betreuung nicht mehr durch Lehrkräfte der jeweiligen Schulen durchführen zu lassen und diese Arbeit durch Ermäßigungsstunden zu honorieren, fällt den Schulträgern nun diese Aufgabe zu. Durch den Fachkräftemangel sowie die begrenzte finanzielle Attraktivität einer Arbeitsstelle bei einem kommunalen Arbeitgeber bleiben viele Stellen unbesetzt, so dass ein Wartungsstau an den zu betreuenden Schulen entsteht.

Die Landesregierung muss daher umgehend mit geeigneten Maßnahmen dem IT-Fachkräftemangel begegnen, um die Wartung und den Erhalt der Funktionsfähigkeit der IT-Infrastruktur an den Schulen zu gewährleisten.

**Antrag Nr. 6:** einstimmig angenommen

## ANTRAG NR. 7

**Antragsteller:** Ortsverband Trier  
*Systembetreuung durch Fachpersonal vom Land*

**Antrag:** Der Landesverband möge sich weiterhin dafür einsetzen, dass für die Systembetreuung ein „Digitaler Hausmeister“, also Fachpersonal vom Land eingestellt wird.

**Begründung:** Die zunehmende Digitalisierung der Schulen (auch unterstützt durch den Digitalpakt), sowie die Forderung nach mehr digitalen Unterricht und BYOD-Szenarien erfordert einen durch ihre Komplexität und ihre Wartungsansprüchen deutlich erhöhten Betreuungsaufwand an den Schulen. Bisher werden häufig EDV-Lehrer mit dieser Aufgabe betraut (sofern an den Schulen überhaupt ein EDV-Lehrer unterrichtet). Hierfür werden Stundenentlastungen gewährt, die aber derzeit schon lange nicht mehr ausreichen. Gibt es keinen EDV-Lehrer, wird ein EDV-Lehrer von einer anderen Schule genommen, der mitunter für 3 Schulen zuständig ist. Uns ist auch bewusst, dass die Einführung von Systembetreuern bereits beschlossen ist. Diese sollen aber vom Schulträger bestellt und bezahlt werden. Die knapper werdenden kommunalen Ressourcen halten aber viele Schulträger von der Einstellung eines Systembetreuers für eine einzelne Schule ab. So gibt es dann einen kommunalen Systembetreuer, der dann für alle Schulen (und das Rathaus) zuständig ist. Darum fordern wir die Finanzierung solcher Stellen auf Landesebene mit direkter Zuordnung an eine Schule.

**Antrag Nr. 7:** einstimmig angenommen

## ANTRAG NR. 8

**Antragsteller:** Ortsverband Neuwied  
*Dienstgeräte*

**Antrag:** Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass für die Reparatur bzw. den Ersatz der Dienst-Tablets und Dienst-Laptops gesorgt wird.

**Begründung:** Vor über zwei Jahren wurden digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt, ohne deren Reparatur oder Ersatz zu regeln. Sie sind allerdings durch fortschreitende Digitalisierung sowohl zur Unterrichtsvorbereitung als auch zur Unterrichtsdurchführung unerlässlich. Ihr Anwendungsbereich wächst stetig, so sind beispielsweise die Tafeln inzwischen digital und das Klassenbuch elektronisch. Hierfür bedarf es funktionstüchtiger Dienstgeräte für alle Kolleginnen und Kollegen.

**Antrag Nr. 8:** bei 3 Enthaltungen angenommen

## ANTRAG 9

Antragsteller: Ortsverband Bingen

Praktikables und einheitliches Verfahren zur Erstattung von Lehr- und Lernmittel durch den Dienstherrn

**Antrag:** Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich für ein praktikables Verfahren zur Erstattung von Arbeitsmitteln einzusetzen.

**Begründung:** In einem Schreiben vom September 2024 hat die Kreisverwaltung Mainz-Bingen erklärt, dass sie zukünftig keine Schulbücher für Lehrkräfte mehr bezahlen wird. In der Begründung der Kreisverwaltung heißt es:

„Wir, als Schulträger, sind lediglich für die sachliche und räumliche Ausstattung der Schulen zuständig, aber nicht für die Lehrer. Lehrer sind Bedienstete des Landes und müssen sich ihre Arbeitsmittel (Bücher, etc.) selbst kaufen oder eine Kostenübernahme über die ADD klären. Es dürfen auf keinen Fall mehr Bücher für Lehrer über das Schulbudget beschafft werden.“

In einem Musterprozess vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) hat ein Mitglied des VLW, mit Unterstützung des VLW, bereits vor einigen Jahren ein Urteil erstritten, wonach der Dienstherr im Grundsatz verpflichtet ist, den verbeamteten Lehrkräften die zur sachgerechten Durchführung des Unterrichts erforderlichen Lehr- und Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Das aktuelle Verfahren, mit der vorherigen Beantragung und dem Abwarten auf einen positiven Bescheid, ist aber viel zu langwierig und schreckt ab.

Es dauert viel zu lang, bis die Lernmittel zur Verfügung stehen, insbesondere bei kurzfristigen Änderungen des Unterrichtseinsatzes oder wenn dieser erst kurz vor Beginn des neuen Schuljahres feststeht. Deshalb werden weiterhin viele Lehr- und Lernmittel von den Kolleginnen und Kollegen aus der eigenen Tasche bezahlt.

**Antrag Nr. 9:** einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung

## ANTRAG NR. 10

Antragsteller: Ortsverband Worms

Sicherstellung der Bereitstellung von Schulbüchern und Lösungen für Lehrkräfte

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass den Lehrkräften die eingeführten Schulbücher sowie die zugehörigen Lösungshefte weiterhin ohne Einschränkungen kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.

**Begründung:** Die in der Vergangenheit gängige Praxis, dass eingeführte Schulbücher und zugehörige Lösungen nach einem formlosen Antrag an die Schulleitung den Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden, stößt zumindest an der BBS Wirtschaft Worms aktuell an eine Grenze.

Nach Auskunft der Schulleitung werden die beantragten Lehrwerke und Lösungshefte aus dem Schulbudget finanziert. In Zeiten knapper werdender finanzieller Ressourcen bei dem kommunalen Schulträger - bis hin zu Haushaltssperren - muss nun befürchtet werden, dass die Kosten für Schulbücher und Lösungshefte nur noch bis zu einem gewissen gedeckelten Betrag bzw. überhaupt nicht mehr übernommen werden.

Die Zurverfügungstellung von Arbeitsmitteln durch den

Dienstherrn sollte jedoch eine Selbstverständlichkeit und überdies eine Wertschätzung der Arbeit der Lehrkräfte sein, so dass es nicht sein kann, dass die Ausstattung mit eingeführten Schulbüchern/ Lösungsheften von der Finanzkraft des Schulträgers abhängt.

**Antrag Nr. 10:** einstimmig angenommen

## ANTRAG NR. 11

Antragsteller: Bezirksverband Rheinhessen

Absentismusprävention

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand soll beim Ministerium darauf hinwirken, dass die Umsetzung der Maßnahmen zur Absentismusprävention mit einer Anrechnung für die Klassenleitungen verbunden wird.

**Begründung:** Die seit Jahren zu beobachtende Fehlzeitenproblematik scheint sich aktuell zu verschärfen. Die Gründe für Fehlzeiten im Unterricht sind vielfältig und erfordern je nach Grund unterschiedliche Maßnahmen.

Die Schulen sind zu Recht verpflichtet, die Fehlzeiten der Schülerinnen und Schüler zu erheben und durch präventive Maßnahmen dem zunehmenden Schulabsentismus entgegenzuwirken, da die Folgen von Schulabsentismus sowohl für die Fehlenden selbst als auch für die Gesellschaft insgesamt gravierend sein können.

So wichtig die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen auch ist, diese übersteigen den Umfang des gewöhnlichen Dienstgeschäfts von Lehrkräften deutlich und können auch nicht auf das nur im begrenzten Umfang zur Verfügung stehende weitere schulische Personal wie die Schulsozialarbeit übertragen werden.

**Antrag Nr. 11:** einstimmig angenommen, bei 1 Enthaltung

## ANTRAG NR. 12

Antragsteller: Ortsverband Worms

Erhöhung bzw. Einführung von Klassenleiterstunden in Vollzeitbildungsgängen

**Antrag:** Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

Der Landesvorstand setzt sich beim Ministerium für Bildung dafür ein, dass in der Höheren Berufsfachschule eine zusätzliche Klassenleiterstunde sowie im Beruflichen Gymnasium eine neu einzuführende Klassenleiterstunde zur Verfügung gestellt wird.

**Begründung:** Für die Leiterinnen und Leiter von HBF- und BGY-Klassen haben Verwaltungstätigkeiten und Umgang mit immer heterogeneren Lerngruppen in den letzten Jahren beständig zugenommen, ohne dass dafür eine zeitliche Entlastung gewährt worden wäre. Auch die in der Höheren Berufsfachschule zur Verfügung gestellten 40 bzw. 80 Lehrkräftestunden pro Klasse dienen lediglich vor allem der Praktikumsbegleitung.

Aktuell kommen in den Vollzeitklassen jedoch vermehrt Schülerinnen und Schülern hinzu, die wegen psychischen und körperlichen Notfallsituationen einen immer höher werdenden Zeitaufwand bei der Bewältigung der schulischen und außerschulischen Situationen erfordern. Auch



bei funktionierenden Netzwerken aus Schulsozialarbeit, Schulseelsorge und schulpsychologischem Dienst bleibt für die Klassenleitungen ein hoher zeitlicher Aufwand.

Die Einführung einer Klassenleiterstunde würde ein Anerkennen der zunehmenden psychischen und physischen Belastungen unserer Schülerinnen und Schüler in den HBF- und BGY-Klassen sowie eine Würdigung des Engagements der Klassenleiterinnen und -leiter für diese Schülerinnen und Schüler bedeuten.

**Antrag Nr. 12:** einstimmig angenommen

### **ANTRAG NR. 13**

**Antragsteller:** Ortsverband Bingen

*Schnellstmögliche Besetzung von vakanten Stellen im Bereich der Schulleitung und der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger*

**Antrag:** Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für eine schnellstmögliche Besetzung vakanter Stellen in den Schulleitungen und bei den Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern der einzelnen Schulen einzusetzen.

**Begründung:** Es kommt immer wieder vor, dass Stellen in der Schulleitung oder bei den Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern längere Zeit nicht besetzt sind.

Nicht alle Vakanzen sind vorhersehbar, viele aber schon, wie z. B. bevorstehende Pensionierungen.

Die Vakanzen führen dazu, dass die verbliebenen Mitglieder der Schulleitungen und aus dem Kreis der Funktionsträgerinnen und Funktionsträger durch die Übernahme zusätzlicher Aufgaben übermäßig belastet werden. Dies führt dazu, dass wichtige Aufgaben liegen bleiben oder nur mit Verzögerung bearbeitet werden können. Das schadet der gesamten Schulgemeinschaft. Eine längere Überlastung kann für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen außerdem zu gesundheitlichen Problemen mit schwerwiegenden Folgen führen. In den letzten Jahren häufen sich hier die negativen Beispiele.

Die Besetzungspraxis der ADD sollte dergestalt geändert werden, dass absehbar vakante Stellen möglichst Übergangslos neu besetzt werden. Im Idealfall sollte den Nachfolgerinnen und Nachfolgern eine Einarbeitungszeit gewährt werden, in der die Vorgängerinnen und Vorgänger noch an der Schule sind und bei der Einarbeitung unterstützen können.

**Antrag Nr. 13:** einstimmig angenommen

### **ANTRAG NR. 14**

**Antragsteller:** Ortsverband Trier

*Kostendämpfungspauschale*

**Antrag:** Der Landesvorstand möge sich weiterhin dafür einsetzen, dass die versteckten Gehaltskürzungen wie z.B. die Kostendämpfungspauschale zurückgenommen werden.

**Begründung:** Dieser Antrag spricht für sich selbst.

**Antrag Nr. 14:** einstimmig angenommen

### **ANTRAG NR. 15**

*Erhalt der Unterrichtsfächer BWL und VWL*

Wird durch den Antragsteller auf Bitten des Landesvorstands zurückgezogen

**Antrag Nr. 15:** einstimmig angenommen

### **ANTRAG NR. 16**

**Antragsteller:** Ortsverband Trier (Studienseminar)

*Quereinstieg*

**Antrag:** Der Landesvorstand wird gebeten zu prüfen, ob ein Quereinstieg im Fach Wirtschaft mit Anerkennung von zwei Fächern (BWL u. VWL) angesichts des Mangels an Kandidaten möglich gemacht werden kann.

**Begründung:** An den Studienseminaren für das Lehramt an Berufsbildenden Schulen ist die Zahl der Lehramtsanwärter und Lehramtsanwärterinnen für den Wirtschaftsbereich regional rückläufig. Die Zahl der Wirtschaftspädagogen und -pädagoginnen mit Doppelwahlfächern kann den Bedarf an den Schulen nicht allein decken. Daher gab es schon immer Quereinsteiger - ehemalige Kaufleute, die über den Quereinstieg an die Studienseminare kamen. Diese konnten häufig mit dem Zweitfach VWL oder EDV ihr Referendariat beginnen. Aufgrund der Einführung des Faches Wirtschaft fällt ein Quereinstieg für die Fächer BWL und VWL leider weg. Wir fordern daher, die Einstellungsbedingungen zu ändern, damit auch Bewerberinnen und Bewerber mit der Kombination BWL und VWL ihren Vorbereitungsdienst beginnen können.

**Antrag Nr. 16:** einstimmig angenommen

### **ANTRAG NR. 17**

**Antragsteller:** Ortsverband Trier (Studienseminar)

*Masterabschlüsse*

**Antrag:** Der Landesvorstand möge sich dafür einsetzen, dass die Masterabschlüsse „Master of Education“ und „Master of Science“ im Studiengang Wirtschaftspädagogik gleichwertig anerkannt werden, sofern entsprechende Praktika absolviert wurden.

**Begründung:** Es geht darum, Abwanderung in andere Bundesländer entgegenzuwirken. Ein Abschluss im Studiengang Wirtschaftspädagogik mit dem „Master of Science“, der in angrenzenden Bundesländern erworben wird, erlaubt häufig nur eine Zulassung in den Quereinstieg und nicht in den VD18. Ist der Quereinstieg nicht offen, können Absolventen mit dem „Master of Science“ häufig nicht in den Vorbereitungsdienst zugelassen werden.

**Antrag Nr. 17:** einstimmig angenommen

# LEHRKRÄFTE VON AUSSERUNTERRICHTLICHEN AUFGABEN ENTLASTEN – SOFORT!

*Resolution der VLW-Landesdelegiertenversammlung  
Kaiserslautern, 4. November 2024*

**D**as Berufsbild einer Lehrkraft besteht im Wesentlichen aus der Durchführung von Unterricht, der nach dem Deputats-Stundenmodell berechnet wird. An den berufsbildenden Schulen sind von einer Vollzeit-Lehrkraft pro Woche 24 Unterrichtsstunden zu halten, die vor- und nachbereitet werden müssen. In regelmäßigen Abständen müssen Leistungsnachweise von den Schülerinnen und Schülern eingefordert und bewertet werden. Wie John Hattie bereits in seiner Meta-Studie herausgearbeitet hat, ist das Feedback der Lehrkraft für die Lernenden von hoher Bedeutung für ihren Lernerfolg. Je intensiver das Feedback, desto wirksamer ist der Unterricht. Allein die beschriebene Anforderung würde genügen, um die wöchentliche Arbeitszeit einer Lehrkraft zu füllen, selbst dann, wenn man die Ferien in die Berechnung einbezieht und die in Rheinland-Pfalz für einen Beamten/eine Beamtin übliche Arbeitszeit von durchschnittlich 40 Zeitstunden als Maßstab nimmt. Jede zusätzliche, außerhalb des Unterrichts geforderte Tätigkeit erfolgt zwangsläufig auf Kosten der Qualität des Unterrichts, insbesondere des individuellen Feedbacks. Es bleibt weniger Zeit zur Vorbereitung und weniger Zeit zur Bewertung von Schülerleistungen.

Obwohl diese Feststellung kaum jemand bezweifeln wird, ist der

Zeitaufwand für die Erledigung außerunterrichtlicher Aufgaben zwischenzeitlich weit über ein vertretbares Maß hinausgestiegen. Beispiele dafür, was im vergangenen Jahrzehnt an außerunterrichtlichen Aufgaben hinzukam, gibt es zur Genüge. Infolge der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahr 2008 ist Inklusion eine wichtige Aufgabe, die von Lehrkräften beispielsweise die Erstellung von Förderplänen verlangt. Seit dem Jahr 2015 stellt uns die stetig hohe Zahl an Migrantinnen und Migranten mit sprachlichem Förderbedarf vor zusätzliche Herausforderungen. Hinzu gekommen ist eine ganze Reihe an sogenannten Querschnittsaufgaben, wie z. B. Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) und Demokratiebildung. War die Heterogenität an berufsbildenden Bildungsgängen schon seit jeher ein Thema, so hat sie seit der Pandemie ein Ausmaß erreicht, dem nur durch ressourcenzehrende Differenzierung begegnet werden kann. Ebenso seit der Pandemie verzeichnen wir ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß bei den Fehlzeiten von Schülerinnen und Schülern, die einen hohen Zusatzaufwand, z. B. für die Erstellung von Nachschreibearbeiten oder das Einfordern von Entschuldigungen, mit sich bringen. Um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden, muss die Kooperation mit den Ausbildungsbetrieben noch intensiver geführt werden als in früheren Jahren. Als wäre das nicht schon genug, listet

die neu erstellte Dienstordnung aus dem Jahr 2019 eine erschreckende Fülle weiterer außerunterrichtlicher Aufgaben auf, deren Durchführung in ihrer Summe schlichtweg nicht zu leisten ist. Die Fortschritte bei der Digitalisierung bis hin zu den Einsatzmöglichkeiten der KI-Programme bieten längst nicht die von Bildungspolitikern und -politikern erhoffte Entlastung. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Die Aneignung der erforderlichen Kompetenzen zum Umgang mit den sich stetig weiterentwickelnden Programmen erfordert einen hohen zusätzlichen Zeitaufwand.

Die Fülle der Aufgaben führt dazu, dass Lehrkräfte einen Ausweg aus der Überlastungssituation suchen. Viele begeben sich in Teilzeit und die Zahl derjenigen, die vorzeitig in den Ruhestand gehen, liegt auf hohem Niveau. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Lehramtsstudierenden ab und wir steuern zunehmend auf eine angespannte Nachwuchssituation zu. Es entwickelt sich ein Teufelskreis, wenn aufgrund fehlender Lehrkräfte die Belastungen durch große Klassen, Vertretungsunterricht, usw. noch weiter steigen.

Wir fordern das Bildungsministerium auf, dieser Entwicklung mit aller Kraft entgegenzuwirken. Dazu benötigen wir die Entlastung von allen außerunterrichtlichen Aufgaben, die stattdessen von multiprofessionellen Teams erledigt werden können.

## WIR FORDERN:

- › Zusätzliche Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter, die sich um die Betreuung von verhaltensauffälligen Schülerinnen und Schülern kümmern,
- › die Ausweitung schulpsychologischer Beratungsstunden für belastete Schülerinnen und Schüler,
- › zusätzliche Stunden für Informatik-Fachkräfte, um einen zeitnahen Support bei Technik-Problemen zu gewährleisten,
- › zusätzliche Kapazitäten in den Schulsekretariaten zur Entlastung der Lehrkräfte von administrativen Aufgaben (insb. Verwaltung der Fehlzeiten, Erstellung der Zeugnisse und der Protokolle von Gesamtkonferenzen und Dienstbesprechungen) sowie
- › den Einsatz von FSJlern an berufsbildenden Schulen, um Lehrkräfte bei einfachen Arbeiten zu unterstützen.

Zudem fordern wir die Ausweitung von Planstellen in Verbindung mit einer wirksamen Kampagne zur Nachwuchsgewinnung für Lehrkräfte an berufsbildenden

Schulen, um der Belastung aufgrund fehlenden Lehrpersonals entgegenzuwirken. Laut Berechnung von Professor Klaus Klemm werden ab dem Jahr 2030 die Schülerzahlen

an berufsbildenden Schulen zunehmen. Gleichzeitig gehen bis dahin viele Lehrkräfte in den Ruhestand. Der benötigte Nachwuchs muss sich deshalb bereits jetzt im Studium befinden, damit weiterhin genügend Lehrpersonal bereitsteht. Neben entsprechender Werbung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen müssen attraktive Konditionen, auch für Quereinsteiger, geboten werden, um mit den Angeboten aus der privaten Wirtschaft konkurrieren zu können. Dazu gehört auch der Abbau des Beförderungsstaus im höheren Dienst.

Unser Appell an die Landesregierung lautet deshalb, bereits jetzt alle erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Weichen für eine weiterhin starke berufliche Bildung in Rheinland-Pfalz zu stellen.

## DER NEUE VLW-LANDESVORSTAND

### Vorsitzender

#### Dirk Mettler

Ludwig-Erhard-Schule Neuwied  
info@vlw-rlp.de  
Tel.: 0261 20069015

### Stellv. Vorsitzende

#### Stefanie Tischer

Ludwig-Erhard-Schule Neuwied  
stefanie.tischer@vlw-rlp.de

### Stellv. Vorsitzender

#### Andreas Seehaus

BBS Landau  
andreas.seehaus@vlw-rlp.de

### Schatzmeister

#### Michael Schmidt

BBS Wissen  
michael.schmidt@vlw-rlp.de

### Schriftführer

#### Michael Lutz

Ortsverband Bingen  
michael.lutz@vlw-rlp.de

### Referent für Öffentlichkeitsarbeit

#### Mario Passannante

BBS Idar-Oberstein  
mario.passannante@vlw-rlp.de

### VORSTANDSMITGLIEDER MIT BESTIMMTEN GESCHÄFTSBEREICHEN

#### Bildungspolitik, Schulpolitik

##### Christian Flory

BBS Südliche Weinstraße  
christian.flory@vlw-rlp.de

#### Junge Wirtschaftspädagogen

##### Miriam Schmidle

BBS Wirtschaft Worms  
miriam.schmidle@vlw-rlp.de

#### Recht und Besoldung

##### Andreas Seehaus

BBS Landau  
andreas.seehaus@vlw-rlp.de  
Tel.: 06392 993900

#### Berufsfeld Gesundheit und Soziales

##### Elisabeth Willrader

BBS II Wirtschaft und Soziales  
Kaiserslautern  
elisabeth.willrader@vlw-rlp.de

#### Personalbetreuung

##### Maik Nöller

BBS Heinrich-Haus Neuwied  
maik.noeller@vlw-rlp.de

### BEZIRKSVORSITZENDE

#### Koblenz

##### Stefanie Tischer

Ludwig-Erhard-Schule Neuwied  
stefanie.tischer@vlw-rlp.de

#### Pfalz

##### Andreas Seehaus

BBS Landau  
andreas.seehaus@vlw-rlp.de

#### Rheinessen

##### Jürgen Hatzfeld (kommissarisch)

Ortsverband Worms  
juergen.hatzfeld@vlw-rlp.de

#### Trier

##### Michael Steuer

BBS Bernkastel-Kues  
michael.steuer@vlw-rlp.de



# ES GIBT KEINE LANDESWEITE STATISTISCHE ERFASSUNG VON SCHÜLERFEHLZEITEN



VLW-Vertreter bei den Freien Demokraten (v. l.): Karl-Heinz Fuß, Marco Weber – MdL, Dirk Mettler

## **Zum Schuljahresbeginn führten die Vertreter des VLW ein Gespräch mit dem bildungspolitischen Sprecher der FDP-Fraktion, Marco Weber, MdL, und dem Referenten Jonas van Rüschen.**

Über den hohen Stellenwert der beruflichen Bildung war man sich schnell einig, ebenso darüber, dass einiges getan werden muss, um den aktuellen Herausforderungen, wie der steigenden Zahl an Schulabgängern ohne Abschluss, zu begegnen.

Die FDP-Vertreter zeigten Verständnis für die Forderungen des VLW, verwiesen jedoch auf die fehlenden Haushaltsmittel, um diese zu erfüllen. Marco Weber zeigte die Ziele der FDP-Fraktion im Rahmen der Regierungskoalition auf. So macht sich die FDP für die Reform der Schulbaurichtlinien stark, um modernen Unterricht zu ermöglichen. Zudem soll das Pädagogische Lan-

desinstitut gefördert werden. Auch das Digitale Kompetenzzentrum sei auf Betreiben der FDP eingerichtet worden. Bei der Sprachförderung ist der Fokus der FDP auf die frühkindliche Bildung ausgerichtet, um die Schülerinnen und Schüler von Anfang an für eine erfolgreiche Schullaufbahn auszurüsten.

Dirk Mettler machte deutlich, dass die Heterogenität der Schülerschaft, die immer größer werdenden Lücken bei deren Vorkenntnissen sowie der seit der Pandemie hohe Absentismus mit starken Belastungen für die Lehrkräfte verbunden ist. Hinzu kommen die vielen Aufgaben, die beispielsweise durch Inklusion und Digitalisierung

zu bewältigen sind. Eine Entlastung der Lehrkräfte ist überfällig, einerseits durch Reduzierung von außerunterrichtlichen Aufgaben und andererseits durch unterstützendes Personal.

Beim Problempunkt Absentismus verwies Jonas van Rüschen darauf, dass dazu keine Zahlen vorliegen, da diese nicht erhoben werden. Dies sei derzeit auch nicht vorgesehen.

Der VLW bedankte sich für die Gelegenheit zum Gespräch und beide Seiten vereinbarten, weiterhin im Kontakt zu bleiben.

# RECHTSSICHERE NOTENGEbung UND UMGANG MIT RECHTSVERLETZUNGEN IN SOZIALEN MEDIEN

*Rechtsanwältin Antonia Dufeu informierte BBS-Personalräte*



*Bild links: Rechtsanwältin Antonia Dufeu in Aktion in Weisenheim am Berg*

*Bild rechts: VLW-Vorsitzender Dirk Mettler teilt seine Erfahrungen aus der Personalratsarbeit*

**Bei den diesjährigen VLW-Personalräte-Fortbildungen standen Themen auf dem Programm, mit denen unsere Kolleginnen und Kollegen regelmäßig im Schulalltag in Konflikt kommen können.**

Den Teilnehmerinnen und Teilnehmer der jeweils ein-tägigen Veranstaltungen in Weisenheim am Berg und in Welling bot sich die Gelegenheit, der auf schulische Rechtsfragen und Recht in sozialen Medien spezialisierten Anwältin Antonia Dufeu ihre Fragen zu stellen. Die Expertin konnte durch viele authentische Rechtsfälle aus ihrer Berufspraxis auf Fallstricke bei der Notengebung und der Leistungsbeurteilung hinweisen und Tipps für den Umgang mit Elternbeschwerden geben.

Beim Thema „Umgang mit Rechtsverletzungen in sozialen Medien“ sensibilisierte sie für Möglichkeiten, wie Personalräte ihre Kolleginnen und Kollegen gegebenenfalls unterstützen können, wenn Datenschutz, Persönlichkeitsrecht oder Urheberrecht verletzt wurden.

Am Nachmittag folgte eine Austauschrunde zu aktuellen Fragestellungen, zu der die jeweiligen stellv. Vorsitzenden aus dem BPR, Andreas Seehaus, und dem HPR, Dirk Mettler, gemeinsam mit Karl-Heinz Fuß (nur Weisenheim) und Stefanie Tischer, jeweils Mitglieder in HPR bzw. BPR, zur Verfügung standen.

Ebenso wurden die Zeit für den persönlichen Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern genutzt und Tipps für die Personalratsarbeit weitergegeben.

Mit Blick auf die zu Ende gehende Amtsperiode dankten Dirk Mettler und Andreas Seehaus den Teilnehmerin-

nen und Teilnehmern für ihr Engagement und ermutigten sie, erneut zu kandidieren. Personalratsarbeit kann mühsam sein, andererseits bietet sie viele interessante Einblicke in schulrechtliche Themen.

Der VLW wird die örtlichen Wahlvorstände, u. a. mit einem Leitfaden zu den erforderlichen Handlungsschritten, unterstützen. Des Weiteren stehen die Mitglieder des VLW-Vorstands als Ansprechpartnerinnen und -partner bei Fragen zur Verfügung.

## *Zur Person*

*Rechtsanwältin Antonia Dufeu LL.M bearbeitet in ihrer Kanzlei in Mainz-Mombach überwiegend schulische Rechtsfragen aus den Bereichen Datenschutzrecht, Persönlichkeitsrecht und Urheberrecht.*

*Zudem ist sie seit vielen Jahren als Coach aktiv und berät und begleitet Einzelpersonen und Gruppen zu Zwecken der Entscheidungsfindung oder für einen Perspektivwechsel.*

*Weitere Informationen finden Sie auf ihrer Website unter [www.dufeu.de](http://www.dufeu.de)*



# FUSIONSGESPRÄCHE FÜHREN ZU DISKUSSIONEN IN DEN BEZIRKEN



VLW-Mitglieder bei der Bezirksmitgliederversammlung in Koblenz

In Koblenz, wo der VLW in die BBS Wirtschaft eingeladen hatte, gab es einen besonderen Punkt auf der Tagesordnung. Dort stellte Frank Stöcker vom dbb die Vorteile und Leistungen der dbb Vorteilswelt und des dbb Vorsorgewerks vor, von denen die Mitglieder des VLW profitieren können.

In Rheinhessen traf sich die Versammlung an der Gustav-Stresemann-Wirtschaftsschule in Mainz. Da die bisherige Bezirksvorsitzende Emöke Anderlik ihr Amt niedergelegt hat, erklärten sich Jürgen Hatzfeld und Jutta Macher als stellvertretende Bezirksvorsitzende bereit, bis zur Wahl eines oder einer neuen Bezirksvorsitzenden gemeinsam den Vorsitz zu übernehmen. Schwerpunkte der Aktivitäten im Bezirk sind der Kontakt zur Johannes-Gu-



*Im September fanden im Vorfeld der Landesdelegiertenversammlung (LDV) die Bezirksversammlungen statt, die von den notwendigen Vorbereitungen für die LDV geprägt waren. Es wurden Delegierte gewählt und Anträge formuliert. Zudem wurden die VLW-Kandidatinnen und -Kandidaten für die Listen der BPR- und HPR-Wahl nominiert. Erstmals war zu beachten, dass VLW und vlbs mit einer gemeinsamen Liste zur Wahl antreten wollen, vorbehaltlich der Entscheidung der LDV. So waren es auch die Fusionsgespräche, die auf den Versammlungen für Gesprächs- und Diskussionsstoff sorgten.*

tenberg-Universität, die Vorstellung des VLW beim Studienseminar und die regelmäßige Unterstützung der dbb-Tarifunion bei Aktionen im Rahmen der Tarifverhandlungen. In einer Präsentation stellte Jürgen Hatzfeld die voraussichtliche Auswirkung einer Fusion mit dem vlbs auf die Mitgliedsbeiträge dar.

Die Fusionsgespräche boten ebenso reichlich Gesprächsstoff in Trier. Dort trafen sich die VLW-Mitglieder im Ristorante Francesco in Trier-Ruwer. Als Gäste konnten sie Dirk Mettler und Stefanie Tischer vom Landesvorstand begrüßen, die die erschienenen Mitglieder mit Informationen aus erster Hand versorgten. Mettler und Tischer, beide Mitglied in der Verhandlungskommission mit dem vlbs, erläuterten die Knackpunkte, die es bei einer Fusion zu beachten gibt, wobei neben dem Zuschnitt der Bezirke insbesondere die Beitragsstruktur, unabhängig von der Beitragshöhe, genannt wurde. Diese stellt sich bei VLW und bei vlbs völlig unterschied-



In Koblenz informierte Frank Stöcker vom dbb über Vorteile und Leistungen für die VLW Mitglieder

lich dar, so dass dafür eine für beide Seiten akzeptable Lösung gefunden werden musste.

Die Bezirksdelegierten der Pfalz trafen sich an der BBS II Wirtschaft und Soziales in Kaiserslautern. Als Gastgeberbezirk für die LDV in Kaiserslautern kam dem Bezirk eine besondere Rolle zu. Schließlich wurden für die Durchführung vor Ort einige Helfer gesucht, die aus dem Ortsverband Kaiserslautern gewonnen werden konnten.

Bei allen Versammlungen wurde die Gelegenheit genutzt, in gemütlicher Runde mit den Kolleginnen und Kollegen der Nachbarschulen ins Gespräch zu kommen. Der VLW dankt allen Gastgebern, Organisatoren und Helfern für ihre freundliche Unterstützung.

*Die Juniorenfirma der Ludwig-Erhard-Schule Neuwied versorgte die Mitglieder in Koblenz mit Kuchen und belegten Brötchen*

## AUS DEN BEZIRKEN:

Am 24. September 2024 fand die Informationsveranstaltung des Bezirks Koblenz zur Altersteilzeit für verbeamtete Lehrkräfte statt.

Landesvorstands- und Bezirksvorstandsmitglied Kurt Flöck informierte die zahlreichen Teilnehmenden in der Online-Veranstaltung gewohnt kompetent über die Rechtsgrundlagen und Voraussetzungen, über die verschiedenen Modelle sowie die Höhe der Besoldung. Auch thematisierte er die Auswirkungen auf die Pension, auf Steuern und auf die Beihilfe. Dabei konnten die Teilnehmenden jederzeit ihre individuellen Fragen stellen und bekamen im Nachgang weiteres hilfreiches Informationsmaterial. Sowohl die teilnehmenden Mitglieder als auch Bezirksvorsitzende Stefanie Tischer dankten Kurt Flöck für die gelungene und hilfreiche Veranstaltung.

*Kurt Flöck informierte u. a. über die Rechtsgrundlagen der Altersteilzeit.*

## BEZIRK KOBLENZ

# INFORMATIONSVORANSTALTUNG ZUR ALTERSTEILZEIT



## IMPRESSUM

### Herausgeber

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen, Landesverband Rheinland-Pfalz e.V. (VLW), Mitgliedsverband im dbb und im BvLB

### Vorsitzender

Dirk Mettler

### Geschäftsstelle

Holzhauser Straße 27 • 55411 Bingen  
www.vlw-rlp.de

### Redaktion

Karl-Heinz Fuß • redaktion@vlw-rlp.de

### Layout

Daniela Boudgoust • www.gestaltungsfreun.de

### Karikatur auf der Titelseite

Uwe Herrmann • www.karikaturist.de

### Auflage

1.500 Stück

### Druck

SAXOPRINT GmbH  
Enderstr. 92 c  
01277 Dresden





**VERBAND DER  
LEHRERINNEN UND LEHRER  
AN WIRTSCHAFTSSCHULEN  
RHEINLAND-PFALZ E. V.**

## **DER VLW FORDERT:**

- **UNTERSTÜTZUNG DER LEHRKRÄFTE BEI DER BEWÄLTIGUNG DES ZUNEHMENDEN ABSENTISMUS-PROBLEMS AN UNSEREN SCHULEN!**
- **INTENSIVIERUNG DER SCHULSOZIALARBEIT, AUCH ZUR PRÄVENTION VON ABSENTISMUS!**
- **EINE MINDESTANWESENHEITSPFLICHT VON 75 % IN ALLEN BILDUNGSGÄNGEN DER BERUFSSCHULE UND DER BERUFLICHEN WAHLSCHULEN!**



**VLW-RLP.DE**



VLW\_RLP